Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 18. Dezember 1926 — Nummer 283

Marx gestürzt!

Die SPD-Führer verhandeln über die Große Koalition / Her mit der Auflösung des Reichstags! / Sozialdemokratische Arbeiter, macht Schluß mit der Koalitionspolitik eurer Führer!

Bruch der Stillen Koalition

Im Reichstag wurde gestern nachmittag gegen 5,30 Uhr bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum die Regierung Marx gestürzt. Mit 249 Stimmen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 171 Stimmen der bürgerlichen Regierungsparteien wurde das Mißtrauensvotum angenommen. 420 Abgeordnete waren anwesend. Es gab keine Stimmenthaltungen. **Vor der Abstimmung gaben die Deutschnationalen eine Erklärung ab, daß die Regierung der Mitte ihre Unfähigkeit erwiesen habe und sie aus diesem Grunde gegen die Regierung stimmen würden. Sie nahmen aber ausdrücklich den Reichswehrminister vom Mißtrauensvotum aus. Die Sozialdemokraten gaben ebenfalls eine Erklärung ab, daß ihr Mißtrauensvotum nicht gegen den Außenminister Stresemann gerichtet sei.**

Nach der Abstimmung wollte der Reichspräsident Loebe den Reichstag in die Ferien schicken. Die Kommunisten verlangten aber eine Weiterführung der Verhandlungen und insbesondere eine Stellungnahme des Reichstages zur Fürstenabfindung. Der Reichstag lehnte diesen Antrag ab und ging unter gegenseitigen Weihnachtswünschen in die Ferien. Das Reichskabinett hat dem Reichspräsidenten die Demission überreicht. Hindenburg hat die Rücktrittserklärung angenommen und die bisherige Marx-Regierung mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt. Heute soll, wie die Morgenblätter melden, der Abgeordnete Scholz, der erneut mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird, von Hindenburg empfangen werden. Nach anderen Meldungen soll die Bildung des Kabinetts bis nach Weihnachten hinausgezögert werden. Man rechnet mit dem Zustandekommen der Großen Koalition. Die Rote Fahne schreibt heute morgen zur Regierungskrise: „Nur die Kommunisten wollten wirklich den Sturz, die politische Erledigung des Kabinetts. Die Deutschnationalen stimmten gegen Marx deswegen, weil sie die Beteiligung an der Durchführung der Marx-Politik forderten, die SPD weil sie aus der stillen eine offene Koalition machen wollte. Wollen die SPD-Arbeiter diese Entscheidung gelten lassen? **Sie wollen es nicht!** Aber hier genügt nicht allein der Wille, **dem Willen muß die Tat folgen.** Was jetzt nottut, ist das sofortige Eingreifen der Arbeiterschaft im allgemeinen und der SPD-Arbeiter im besonderen. Auf dem Kongreß der Werktätigen hat die Arbeiterschaft mit der Formierung der Einheit verstärkt begonnen. Jetzt gilt es, diese Front auszubauen. Die Fragen der Koalitionspolitik der SPD-Führer, die Arbeitsgemeinschaft der ADGB-Führerbürokraten gehen die gesamte Arbeiterschaft an. Darum her mit der Diskussion über die politische Lage in allen Betrieben, in allen Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen. Kapitalistische Rationalisierung mit verlängerter Arbeitszeit und abgebauten Löhnen oder Achtstundentag mit höheren Löhnen? **Politische Reaktion** oder Kampf um politische Freiheit? Imperialistische Kriegspolitik oder Kampf um den Frieden an der Seite Sowjetrußlands? Diese Fragen müssen an jedem Arbeiter, vor jedem Werktätigen gestellt werden. — Fast genau ein Jahr ist es her," schreibt die Rote Fahne weiter, „als die SPD-Führer ebenfalls die Große Koalition abschließen wollten. Der Widerstand ihrer Mitglieder und die Politik der KPD durchkreuzten diesen Plan. Heute ist das deutsche Proletariat stärker, aufgeklärter und reifer als vor einem Jahr. Heute rüstet die Arbeiterschaft zu großen Kämpfen gegen die kapitalistische Rationalisierung. Die Linksbewegung ist breiter und tiefer geworden. Heute darf der Anschlag der SPD-Führer nicht gelingen. **Nieder mit der Koalitionspolitik! Weg mit dem Reichstag! Schluß mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik der ADGB-Führerbürokraten! Her mit dem Kampf um den Achtstundentag! Her mit Arbeit für die Erwerbslosen! Für die Erhöhung der Löhne! Her mit der sofortigen Hilfe für alle Werktätigen! Die Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land führt diesen Kampf!**

*

Berlin, 17. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Bereits in den Nachmittagsstunden wurde im Reichstag bekannt, daß die Deutschnationalen dem Mißtrauensvotum gegen die Regierung zustimmen würden; nachdem das Zentrum es abgelehnt hatte, ihnen bindende Erklärungen für die nächste Regierungsbildung zu geben.

Nachdem von den Kommunisten das schmähliche Verhalten der Sozialdemokraten noch einmal angeprangert worden war, — die SPD hatte zur Regierungsbildung keine einzige der sozialpolitischen Forderungen, wie Achtstundentag, Erwerbslosenfürsorge usw. gestellt —, nachdem Hermann Müller noch einmal in Antibolschewismus und Liebedienerei gegen Frankreich und England gemacht hatte, wurden alle Positionen des Nachtragsetats mit der überwältigenden Mehrheit von Deutschnationalen bis einschließlich der Sozialdemokraten bewilligt. Ueberflüssig zu sagen, daß die Sozialdemokraten auch dem Reichswehretat, den Positionen für Unterstützung der schlesischen Industriellen und für einen besonderen Polizeidienst zustimmten.

Hatte Hermann Müller in seiner Rede erklärt, daß die Sozialdemokratie von dem Mißtrauen den Herrn Außenminister Stresemann **ausdrücklich ausnehme,** so erklärte kurz vor der Abstimmung der deutschnationale Graf Westarp, daß seine Partei von dem Mißtrauen **ausdrücklich den Herrn Geßler** ausnehme.

Die Regierung wird also verabschiedet, und gleichzeitig will die SPD den Vertreter der Volkspartei aus dieser Regierung mit in die zukünftige Regierung nehmen, während die Deutschnationalen sich den Demokraten reservieren.

Als kurz nach fünfstündiger Tagung endlich zur Abstimmung über den Mißtrauensantrag geschritten wird, erhält die Regierung nur 171 von 420 Stimmen, während für den **kommunistischen** — und damit gleichzeitig den sozialdemokratischen — **Mißtrauensantrag 249 Stimmen** abgegeben werden. Die Kommunisten verlangen nunmehr die **sofortige Auflösung** des Reichstages. Dieses Verlangen wird von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten mit Gelächter quittiert, ein Zeichen dafür, **wer die Neuwahlen fürchtet.**

Nunmehr verlangt Genosse Stöcker, den Reichstag nicht bis zum 19. Januar 1927 zu vertagen, sondern die nächste Sitzung zu morgen einzuberufen, damit die Herren „Volksvertreter", d. h. der Reichstag, den Kuhhandel überwachen können und verlangt, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen: Die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge zur Fürstenabfindung. Auch dieser Antrag wird gegen alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie abgelehnt.

Der Reichstag vertagt sich daraufhin unter fröhlichen Weihnachtswünschen Loebes bis zum 19. Januar.

Herr Marx begibt sich zum Reichspräsidenten, und für den weiteren Kuhhandel hat sich der Reichstag ausgeschlossen.

*

Regierungsbildung vertagt

Berlin, 18. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Nach dem Rücktritt der Reichsregierung und nachdem sie von Hindenburg mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt wurde, soll die Neubildung der Regierung erst nach Neujahr vorgenommen werden.

Der Schacher über die Große Koalition wird bereits wieder fortgesetzt. Der Vorwärts von heute morgen unterstreicht, daß seine Koalitionsbereitschaft die alte geblieben sei und daß er auch weiterhin bereit sei, in eine Regierung der Großen Koalition einzutreten, daß es nur vom Zentrum abhänge, ob jetzt eine solche Regierung zustande komme, sonst müsse der Reichstag aufgelöst werden. Auch die Demokratische Partei nimmt in der demokratischen Presse die gestern fallengelassene Forderung der Koalitionsregierung wieder auf. Gleichzeitig wird bekannt, daß Hindenburg den berüchtigten Scholz mit der Bildung der Reichsregierung beauftragt hat. Gegen diesen Schacher wird das werktätige Volk wie ein Mann kämpfen, um ihn zu zerschlagen.

Schluß mit der Koalitionspolitik! Weg mit diesem Reichstag!

Das Ende der Marx-Regierung

Die Marx-Regierung ist im Reichstag gestürzt worden. Der Mißtrauensantrag erhielt 249 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Deutschnationalen, dagegen stimmten 171 Abgeordnete der Regierungsparteien. Diese Wendung nahm die Regierungskrise, nachdem das Zentrum weitgehende Forderungen der Deutschnationalen im letzten Augenblick ablehnte. Hindenburg und der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei hatten noch am Sonnabend alles versucht, um wenigstens die Stimmenthaltung der Deutschnationalen durchzusetzen. Aber sowohl deren weitgehende Forderungen (sie verlangten die feste Verpflichtung der Regierung, zu den nächsten Regierungsverhandlungen zugezogen zu werden), wie der Widerstand des Zentrums, das wegen seiner Mitglieder auf diese Forderung **nicht eingehen konnte, verhinderten einen Erfolg** der offenen Bürgerblocks-Anhänger. Die Deutschnationalen haben also, und nicht die Sozialdemokraten, den Ausschlag zum Sturz der Regierung gegeben. Während die Sozialdemokraten von ihrem Mißtrauensvotum ausdrücklich den volksparteilichen Außenminister Stresemann ausnahmen, war es der Demokrat Geßler, der ausdrücklich die Billigung der Deutschnationalen fand, als diese ihre Erklärung über die Unfähigkeit der Regierung der Mitte abgaben.

Das charakterisiert am besten diesen Regierungssturz. Sozialdemokratische Kleinbürger erklärten der Regierung das Mißtrauen ausdrücklich mit der Reserve des Vertrauens zur Außenpolitik, die Stresemann als Vertreter des Trustkapitals, des neu sich bildenden deutschen Imperialismus geführt hat. Die deutschnationale Fraktion der Bourgeoisie verwirft mit ihrem Mißtrauensvotum nicht etwa die Stresemannsche Außenpolitik, sie verlangt nur eine stärkere Vertretung im Staatsapparat, sie verlangt direkten Einfluß auf die Regierung und sie demonstriert ihr Regierungsprogramm ausdrücklich durch das Vertrauen für den Minister der Bürgerkriegsarmee aus der demokratischen Fraktion.

Während also die bürgerlichen Fraktionen, insbesondere der rechte Flügel der Partei der Großindustrie um die Deutschnationalen, die parlamentarische Krise ausnützen wollen zur nachdrücklicheren Vertretung ihrer Klasseninteressen, zeigt die Sozialdemokratie noch während der Abstimmung, die sie am Ende ihrer Koalitionsmanöver herbeizuführen gezwungen war, daß sie keineswegs denkt, die Interessen der Arbeiterklasse, sondern vielmehr die des Trustkapitals auch weiterhin zu den ihrigen zu machen.

Daß die „Opposition" der Sozialdemokratie nicht etwa den Beginn einer neuen Politik der Verräterpartei darstellt, das hat am klarsten [redacted] Tag bewiesen, an dem sie mit zum Sturz der bisherigen bürgerlichen Minderheitsregierung beitragen mußte. Das kommt noch schärfer in dem Mißtrauensvotum für Stresemann zum Ausdruck in der Rede, die der Fraktionsvorsitzende Hermann Müller vor der Abstimmung hielt. Hermann Müller unterstrich dort mit einer Offenheit, die die Entschlossenheit kennzeichnet, mit der die „Oppositionspartei" den Kurs unentwegter Koalitionspolitik weiterführen will, daß die Sozialdemokratie, wie es schon die Formel der sozialdemokratischen Fraktion ankündigte, aus gar keinen anderen Gründen in die Opposition gegangen ist, als um so rasch als möglich zu einer neuen Zusammenarbeit mit den Fraktionen der Bourgeoisie zu kommen. Hermann Müller erklärte in seiner Rede, **in der SPD habe es noch nie eine so große Mehrheit für die Koalition gegeben, wie gerade jetzt.** Der Mißtrauensantrag habe keinen anderen Zweck, als zur **Großen Koalition zu kommen.** Es kann gesagt werden, daß die sozialdemokratische Führerschaft tatsächlich trotz des Gezeters der verschiedenen bürgerlichen Parteien und ihrer Presse, die über das Manöver Scheidemanns nicht genug „Bedauern" aussprechen konnten, ihrem Ziele um ein gutes Stück näher kommt. Die Marx-Regierung ist gestürzt, der Weg zur Großen Koalition ist breiter als je vorher geöffnet.

Das Manöver der Sozialdemokratie ist um so gefährlicher für die Arbeiterklasse, als sie diesmal kein Mittel scheut, um zum Ziele zu gelangen. Es ist alles andere als die Wahrheit, daß niemals vorher in der Sozialdemokratie ähnlich viele Anhänger der Politik der Großen Koalition gewesen seien als jetzt. Gerade die letzten Tage haben bewiesen, daß in der Sozialdemokratischen Partei die Opposition der Mitgliedschaften gegen die Politik der Großen Koalition in unaufhaltsamem Wachsen ist. Dafür gibt es tausend Beweise. Davon zeugen die Berichte aus den Mitgliederversammlungen der SPD, in denen die Arbeiter klarer und entschiedener als je gegen jede Koalitionspolitik Stellung nehmen, davon zeugt die Haltung der „linken" sozialdemokratischen Presse, wie etwa der Frankfurter Volksstimme, die vor einigen Tagen in den Verzweiflungsruf ausbrach: „Wer soll zu unserer Partei noch Vertrauen haben?", davon zeugt die Haltung der sächsischen Presse und die Haltung zahlreicher anderer Zeitungen der SPD. Am Donnerstag beispielsweise veröffentlicht ein so rechtsstehendes Blatt wie das „Volk" in Jena einen Artikel, in dem es heißt: „Es muß einmal deutlich gesagt werden, so wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der letzten Zeit Politik treibt, geht es auf keinen Fall weiter. Es muß endlich Schluß sein mit dem ewigen taktischen Lavieren, das nicht politisch klug, sondern nur bauernschlau ist und das kein Arbeiter im Lande versteht" usw. spaltenlang. Davon zeugt schließlich auch die Haltung fast der gesamten Gewerkschaftspresse. Die Gewerkschaftsführer waren an der Spitze der Gefolgschaft Silverbergs und der Sozialdemokratie. Wenn sie, was in der letzten Zeit geschehen ist, plötzlich scheinbar umschwenken, so ist es wohl auch ein Koalitionsmanöver — sie lassen, um zu ihrem Ziele zu kommen, so wie die Führung der Partei, auch das schwerste Geschütz auffahren —, so ist das aber auch gleichzeitig ein Ausdruck, wie sie die Stimmung der breiten Arbeitermassen gegenwärtig einschätzen. Sie wären nicht die Führer des deutschen Reformismus, wenn sie nicht erkannt hätten, daß es höchste Zeit ist, mit dem Silvercbergprogramm der unaufhaltsamen Linksbewegung der deutschen Arbeiterklasse Einhalt zu gebieten. Und deshalb muß sogar als letztes Auskunftsmittel das gefährliche Oppositionsmanöver herhalten, das wir in diesen Tagen erlebten.

Es kommt jetzt alles darauf an, daß die Arbeiterklasse begreift, wohin die Reise geht. Zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter werden die neue Taktik der Sozialdemokratie, werden den Sturz der Reichsregierung als den ersten Schritt zur Verwirklichung ihres Willens ansehen. Mit verdoppelter Energie müssen die Kommunisten darauf hinweisen, daß dies nur dann zutreffen wird, wenn die sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter gemeinsam verhindern daß die sozialdemokratische Führung die Linksbewegung in der Arbeiterklasse zu einem großartigen Koalitionsmanöver ausnutzen, das ihr das Genick brechen soll. Der Losung der sozialdemokratischen Parteiführung durch den Sturz der Marx-Regierung zur besseren Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, zur Großen Koalition muß von den Arbeitern die Losung des Kongresses der Werktätigen entgegengestellt werden durch den Sturz der bürgerlichen Minderheitsregierung zur Reichstagsauflösung, für die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen jede Koalition mit der bürgerlichen Klasse. Es hängt jetzt alles von der Zielbewußtheit, gut